

Bonn, den 4. Januar 2023

**Achtung: Sperrfrist bis zum 5. Januar 2023, 5:00 Uhr**

## **DPVKOM ruft zu einem Streik bei der Deutschen Post auf!**

Am 5. Januar 2023 wird in der Niederlassung Betrieb Magdeburg der Deutschen Post AG gestreikt. Damit will die Fachgewerkschaft DPVKOM vor Beginn der Entgeltrunde 2023 für die rund 160.000 Tarifbeschäftigten des Unternehmens ein deutliches und starkes Zeichen für eine spürbare Entgeltsteigerung setzen. Von dem Streik sind das Paketzentrum in Osterweddingen, der Transportbereich sowie Paketzustellbasen in Magdeburg und auch in Braunschweig – das ebenfalls zur Niederlassung Betrieb Magdeburg gehört – betroffen. Dadurch werden in diesen Gebieten bis zu 20 000 Pakete nicht zugestellt oder weitertransportiert.

Der Streik beginnt um 5:00 Uhr morgens und endet gegen 20:00 Uhr. In der Zeit von 17:30 bis 18:00 Uhr wird vor dem Paketzentrum in Osterweddingen, Lange Göhren 10, 39171 Sülzetal eine Streikkundgebung der DPVKOM mit rund 100 Teilnehmenden stattfinden.

Die DPVKOM fordert 12 Prozent mehr Entgelt, eine Mindesterhöhung der Monatsentgelte der unteren Entgeltgruppen um 500 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie eine Höhergruppierung bestimmter Beschäftigtengruppen. Diese hohe Entgeltforderung ist nicht nur angesichts der stetig steigenden Preise für Lebensmittel und Energie vollauf gerechtfertigt. Die Deutsche Post zählt eindeutig zu den Gewinnern der Corona-Pandemie und steht mit einem prognostizierten Ergebnis von 8,4 Milliarden Euro vor ihrem bislang besten Geschäftsjahr. Außerdem wird die Deutsche Post ihre gravierenden Personalprobleme nur dann lösen, wenn sie den Beschäftigten deutlich höhere Löhne zahlt. Ein Einstiegsgehalt von knapp 2 400 Euro brutto für Zustellerinnen und Zusteller ist angesichts der harten Arbeitsbedingungen in der Zustellung viel zu gering. Damit kann kein neues Personal gewonnen werden. In den vergangenen Jahren wurden laut Postchef Frank Appel Tarifverträge abgeschlossen, die gut für das Unternehmen, aber schlecht für die Mitarbeitenden waren. Das muss sich jetzt ändern.

Zusätzlich zu der Entgeltforderung fordert die DPVKOM die Deutsche Post auf, zeitnah die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von 3 000 Euro auszuzahlen, und zwar unabhängig von einer tariflichen Erhöhung der Entgelte.